

Athen ruft EU-Partner zur Unterstützung auf

Sozialisten wollen EIB für Griechenland einspannen

Börsen-Zeitung, 3.3.2010
cr/Reuters Athen/Brüssel – Griechenlands Ministerpräsident Giorgos Papandreu hat die EU-Partner mit dramatischen Worten zur Unterstützung im Kampf gegen die Schuldenkrise aufgerufen. Unterdessen dringen die Sozialisten im EU-Parlament auf die Schaffung eines Treuhandfonds unter Führung der Europäischen Investitionsbank (EIB), um Griechenland im Notfall unter die Arme greifen zu können.

Angesichts immer neuer Löcher im Haushalt gehe es darum, einen Staatsbankrott zu verhindern, sagte Papandreu laut Reuters am Dienstag auf einer Veranstaltung seiner sozialistischen Partei Pasok. Dazu brauche Griechenland auch die Unterstützung seiner EU-Partner. „Ich werde kämpfen, um das Vaterland vor den Folgen zu bewahren, die der Alptraum eines Staatsbankrotts mit sich bringen würde.“ Er werde alles tun, um die schlimmsten Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Autonomie Griechenlands abzuwehren. Dazu seien harte und mitunter auch ungerechte Entscheidungen nötig.

Für heute hat Papandreu eine Krisensitzung des Kabinetts einberufen. Dann will die Regierung über weitere Sparschritte entscheiden. Dagegen betonte EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn, eine Rettungsaktion für das hochverschuldete Griechenland sei kein Thema bei seinen Gesprächen mit Athen. Regierungsgesellschaften. Allerdings hatte Rehn das Land mit deutlichen Worten zu zusätzlichen Sparmaßnahmen aufgefordert. Kein Mitglied der Währungszone könne auf Dauer über seine Verhältnisse leben, so der Finne. Trotz des großen Reformbedarfs im Land machen die Gewerkschaften gegen die Sparanstrengungen der Regierung weiter mobil. Sie kündigten neue Arbeitsniederlegungen an.

Berlin setzt auf Sparkurs

Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle hält trotz der prekären Lage in Griechenland eine Debatte über Finanzhilfen derzeit für unangebracht. „Wir erwarten, bevor es Diskussionen über Hilfe gibt, dass Griechenland im vollen Umfang die eigenen Hausaufgaben für die Konsolidierungspolitik abarbeitet“, for-

derte Westerwelle. „Ich halte alle anderen Diskussionen derzeit für unangebracht, weil dadurch lediglich Nervosität statt Vertrauen in die Märkte gebracht wird.“

Die Sozialisten im EU-Parlament fordern dagegen ein Instrument, um einem klammen Staat eine günstigere Refinanzierung zu ermöglichen. Nach Auffassung des Chefs der Sozialisten, Poul Nyrup Rasmussen, könnte die Europäische Investitionsbank (EIB) über einen neu zu schaffenden Treuhandfonds Griechenland im Notfall vergleichsweise zinsgünstige Kredite einräumen. Der von der EIB verwaltete Fonds solle das „kollektive Interesse aller Euro-Staaten“ vertreten. Über die Fondsstruktur unter Führung der EIB müsste „dann kein Steuerzahlergeld aus den Mitgliedstaaten fließen.“ Rasmussen betonte zudem, Ziel des Vorhabens sei es auch, Angriffe von Spekulanten auf das Eurogebiet zu vermeiden: „Wenn klar ist, dass ein Land in der Währungsunion nicht pleite gehen kann, hält dies die Spekulanten ab.“ Derzeit verfügt die Eurozone nicht über ein Rettungsinstrument für Krisenstaaten.

EU-Hausbank lehnt ab

In der EIB stieß der Plan auf Skepsis. Ein Sprecher sagte, die Bank sei ein Kreditinstitut aller 27 EU-Staaten, nicht nur der 16 Euro-Länder. Der Präsident der EIB, Philippe Maystadt, hatte zudem jüngst erklärt, Mandat und Statuten der EU-Hausbank ließen eine Rettungsaktion für Griechenland nicht zu. In Diplomatentreuen wurde noch einmal darauf verwiesen, dass zunächst Griechenland in der Bringschuld sei, seine Haushaltsmisere in den Griff zu bekommen. Zudem habe Athen bislang keinen akuten Finanzierungsbedarf bei der EU angemeldet.

Griechenland muss im laufenden Monat erneut an den Kapitalmarkt, um sich zu refinanzieren. In diesem Marktumfeld warten Beobachter gespannt darauf, auf welches Interesse Griechenland bei der nächsten Platzierung von Staatsanleihen zur Finanzierung des Defizits stoßen wird, und wie hoch die Renditeaufschläge im Vergleich zu deutschen Bonds ausfallen. Bereits in den nächsten Tagen wird damit gerechnet, dass die Schuldenagentur des Landes eine zehnjährige Anleihe auflegen wird.

„Erholungskurs nicht wesentlich gefährdet“

Ökonomen weiter optimistisch trotz schlechter Frühindikatoren – Konjunkturtableau der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung, 3.3.2010
lz Frankfurt – Die jüngsten Einbrüche bei den Konjunkturindikatoren für Deutschland haben sich bislang noch nicht in verschlechterten Wachstumsprognosen niedergeschlagen. Volkswirte und Bankökonom erwarten nach wie vor für das laufende Jahr einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,7%. Das zeigt das neue Konjunkturtableau, welches das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Börsen-Zeitung erstellt.

Zusammengefasst werden im Konjunkturtableau der Börsen-Zeitung die Prognosen der wichtigsten in- und ausländischen Banken sowie die der großen Wirtschaftsinstitutionen; und zwar sowohl die aktuelle aggregierte Wachstumszahl als auch der dafür notwendigen Eingangsparameter. Daraus wird jeweils der Median errechnet, um den Einfluss extremer Prognosen auf das Ergebnis zu begrenzen.

Die aktuelle Medianprognose für die Entwicklung des realen BIP für das laufende Jahr ist im Vergleich zum Januar-Tableau zwar unverändert geblieben, allerdings rücken die Prognostiker enger zusammen. Betrug der Abstand zwischen den Tief- und Hochwerten im Januar noch 1,8 Prozentpunkte, so ist diese Differenz nun auf 1,2 Prozentpunkte geschrumpft. Für das nächste Jahr wird mehrheitlich eine BIP-Wachstumsrate von 1,5% vorhergesagt.

„Obwohl die vor kurzem veröffentlichten Daten zur Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2009 enttäuschend waren und auch aktuelle Frühindikatoren kein Vorankommen der deutschen Wirtschaft seit Beginn des neuen Jahres nahelegen, sieht die Mehrheit der Prognostiker den Erholungskurs noch nicht wesentlich gefährdet“, resümiert ZEW-Ökonom Marcus Kappler das Ergebnis.

Der private Konsum, welcher bis zum Herbst 2009 die Konjunktur noch gestützt hatte, dürfte im laufenden Jahr diese Funktion verlieren, erwartet er. Die Prognose geht immerhin von einer Schrumpfung um 0,1% aus. Das aber wird sich den Prognosen zufolge im Jahr darauf wieder ändern. Entsprechend der Ökonomen-Erwartungen wird sich der private Konsum im nächsten Jahr wieder leicht erholen.

Bereits im laufenden Jahr sollten sich danach die Anlageinvestitionen, welche 2009 noch massiv eingebro-

chen waren, wieder besser entwickeln. Erwartet wird mehrheitlich eine positive Veränderungsrate von 2,6%. 2011 könnte die Investitionstätigkeit dann aber wieder langsamer vorangehen (1,1% im Median). Privater Konsum und Investitionen wechseln sich also 2010 und 2011 in ihrer Funktion als Wachstumsträger ab.

Die größten Hoffnungen liegen wie üblich auf dem Außenhandel. Auch dieser stürzte im vergangenen Jahr kräftig ab. Allerdings erholt sich die Weltwirtschaft derzeit, wovon auch deutsche Exporteure profitieren. Im Median werden positive Veränderungsrate für die Exporte von 8,0% im Jahr 2010 (5,9% im

Jahr 2011) sowie für die Importe von 5,9% im Jahr 2010 (4,7% im Jahr 2011) prognostiziert.

Deutlicher als im vergangenen Jahr dürfte sich die Rezession den Prognosen zufolge aber auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. Entsprechend den Medianberechnungen im Tableau steigt die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 8,9% und wird dann im nächsten Jahr sogar auf 9,2% zulegen. Das schlägt, wie in den Prognosen bereits aufgenommen wurde, auf den Privatkonsum zurück, weil die Einkommen geringer ausfallen, höhere Abgaben drohen und die Arbeitsplatzbesitzer noch zurückhaltender agieren beim Konsum.

Unterm Strich gehen die Ökonomen indes ausweislich ihrer analysierten Prognosen davon aus, dass das Wachstum trotz schlechterer Konjunkturindikatoren in jüngster Zeit, trotz verstärkter Anstrengungen der Zentralbanken, die Geldpolitik wieder zu „normalisieren“, und trotz langsamer Rücknahmen der fiskalischen Konjunkturstimulanzien weiter intakt bleibt. Eine „Wellblechkonjunktur“, die im Grunde eine Stagnation bedeutet, wie sie manche Ökonomen voraussagen, oder ein erneuter konjunktureller Einbruch mit folgender Rezession ist in den Prognosen bislang noch kaum eingepreist, wie die geringere Streuung der Ergebnisse zeigt.

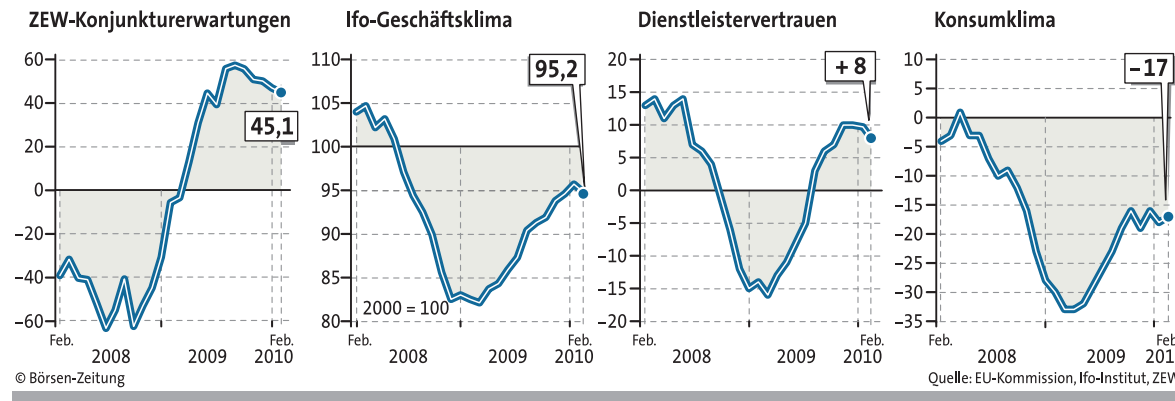
Konjunkturtableau Deutschland

	2008	2009	3. Quartal 2009	4. Quartal 2009	Prognose 2010			Prognose 2011		
					Tief	Median	Hoch	Tief	Median	Hoch
Volkswirtschaftliche Daten										
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	1,3	-5,0	0,7	0,0	1,2	1,7	2,4	1,1	1,5	2,0
Privatkonsum ¹⁾	0,4	0,2	-1,0	-1,0	-1,6	-0,1	1,3	0,3	0,8	1,3
Staatskonsum ¹⁾	2,1	3,0	1,2	-0,6	0,8	1,5	2,1	0,3	0,8	1,8
Anlageinvestitionen ¹⁾	3,1	-8,9	0,9	-0,7	0,8	2,6	3,9	0,4	1,1	3,8
Exporte ¹⁾	2,9	-14,2	3,4	3,0	5,3	8,0	10,0	3,9	5,9	6,9
Importe ¹⁾	4,3	-8,9	5,2	-1,8	1,7	5,9	8,9	1,9	4,7	6,2
	2008	2009	letzter Wert							
Verbraucherpreise ²⁾	2,6	0,2	0,4 (Feb.)		0,4	0,8	1,5	0,5	1,2	1,7
Arbeitslosenquote ³⁾	7,8	8,2	8,7 (Feb.)		8,3	8,9	9,3	8,3	9,2	10,3
Industrieproduktion ²⁾	-0,1	-17,0	-10,0 (Dez.)		3,8	5,7	7,5	2,8	2,9	3,0
Monetärer Sektor / Zinsen und Zinsdifferenzen										
3-Monats-Geld ³⁾			0,66		0,7	0,8	1,0	1,3	1,5	2,1
10-jährige Anleihen ³⁾			3,1		3,3	3,4	3,5	3,5	3,8	4,2
USA/Euroland langfristig ⁴⁾			51		10	40	115	5	50	110
USA/Euroland kurzfristig ⁴⁾			-41		-70	-35	-30	-80	-10	35
Euroland lang/kurz ⁴⁾			295		240	258	285	165	223	280

Redaktionsschluss: xxxxxx; Tagesdaten vom

¹⁾ real gegen Vorjahr bzw. Vorquartal in %; ²⁾ gegen Vorjahr bzw. Vormonat in %; ³⁾ Jahres- bzw. Monatsdurchschnitt, in drei bzw. zwölf Monaten; ⁴⁾ in Basispunkten

Aktuelle Frühindikatoren



GM verspricht mehr Geld für Opel

Amerikaner verdreifachen Zusagen – Berlin skeptisch

Börsen-Zeitung, 3.3.2010
ge Berlin – Obwohl der US-Autokonzern General Motors (GM) mit 1,9 Mrd. Euro nun dreimal so viel Geld in die Hand nehmen will, wie bisher beabsichtigt, um seine europäische Tochter Opel zu sanieren, zeigt sich die Bundesregierung weiterhin zurückhaltend. „Das zeigt eines – die haben Geld“, kommentierte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle den Schritt.

Auch nach diesem Entgegenkommen müsse GM noch zahlreiche Fragen beantworten. Das Verfahren über Staatshilfen laufe derzeit ergebnisoffen weiter, hieß es in Berlin.

Zuvor hatte die Opel-Mutter mitgeteilt, statt wie bisher geplant nur 600 Mill. Euro nunmehr 1,9 Mrd. als Eigenkapital und in Form von Krediten für Opel zur Verfügung stellen zu wollen. Da gleichzeitig aber die Sanierung 415 Mill. mehr als die bisher veranschlagten 3,3 Mrd. Euro kosten dürfte, reduzieren sich die erhofften Staatshilfen der Länder mit Opel-Werken nur auf 1,8 Mrd. Euro.

„Ich bin optimistisch für Staatshilfen. Die ersten Reaktionen waren sehr positiv“, sagte Opel-Chef Nick Reilly am Dienstag auf dem Autosalon in Genf. Mit der Finanzierungszusage von GM erhoffe er sich nun, in den Gesprächen über Kredit- und Bürgschaftszusagen rasch voranzukommen. GM will seine nun gut hälftige Beteiligung am gesamten Finanzierungsbefehl für Opel als Zeichen des Vertrauens in den langfristigen Geschäftserfolg der Marke mit dem BIZ-Verstand wissen. Dank der GM-Zusagen seien alle potenziellen



Rainer Brüderle

Liquiditätsrisiken während der Restrukturierung in diesem Jahr ausgeräumt.

Offen blieb allerdings, wie viel Eigenkapital GM tatsächlich in Opel investiert. Die US-Mutter werde aber in jedem Fall so viel Eigenkapital zur Verfügung stellen wie nötig, um den Betrieb bei Opel zu sichern, versicherte Reilly. Mit den zusätzlichen 415 Mill. Euro habe Opel einen Puffer, um Einbußen durch die kriselnden Automärkte auszugleichen.

Während sich Berlin weiter skeptisch zeigte, begrüßten die Opel-Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen die Finanzspritze einhellig als „Schritt in die richtige Richtung“. Neben der Bundesregierung sollen sie etwa die Hälfte der deutschen Unterstützung von absehbar gut 900 Mill. Euro stemmen. Die Zusage von GM könnte auch den stockenden Gesprächen mit den Arbeitnehmervertretern neuen Schwung verleihen.

Kaum Preisauftrieb in der Eurozone

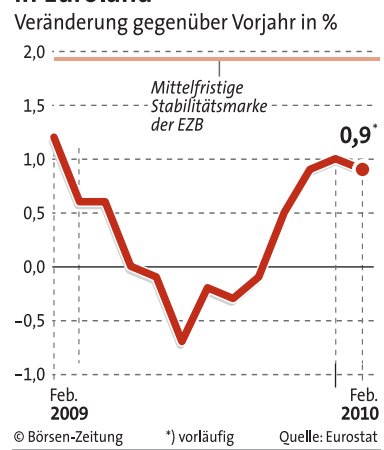
Im Februar legt die Inflation nur um 0,9 Prozent zu

Börsen-Zeitung, 3.3.2010
lz Frankfurt – Der Preisauftrieb in der Eurozone hat im Februar wieder etwas abgenommen. Die Verbraucherpreise erhöht sich nur um 0,9% zum Vorjahresmonat (1,0% im Januar). Auch die überraschend angestiegenen Erzeugerpreise im Monat davor (+0,7%), die üblicherweise später auf die Preisgestaltung durchdrücken, signalisieren nach Meinung von Ökonomen angesichts des niedrigen Auftragsbestands der Unternehmen keine Inflationsgefahr.

„Es herrscht ein großer Konsens darüber, dass in dem aktuellen wirtschaftlichen Umfeld mit steigender Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlicher Kapazitätsauslastung der fundamentale Preisdruck auf absehbare Zeit unter Kontrolle bleibt“, argumentiert Commerzbank-Analyst Rainer Guntermann. Die Gesamtinflation werde allenfalls wegen höherer Ölpreise im Jahresverlauf „moderat zulegen“. Ferner bestehe die Gefahr höherer indirekter Steuern im Zuge der notwendigen Haushaltskonsolidierung. Im Durchschnitt des laufenden Jahres, so Guntermann, werde der Preisanstieg nicht über 1,1% hinausgehen. Und auch im kommenden Jahr sieht die Commerzbank eine Inflationsrate unterhalb von 2% – jener Schwelle, welche die Europäische Zentralbank (EZB) als Preisstabilitätsziel anstrebt.

Citigroup-Expertin Giada Giani rechnet denn auch erst Anfang 2011 mit einer Zinserhöhung. Derzeit liegt der Leitzins mit 1,0% auf ei-

Verbraucherpreise in Euroland



nem Rekordtief. Bei einem kräftigen Aufschwung kann billiges Geld die Inflation anheizen, weil die Nachfrage zusätzlich angekurbelt wird.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte zuletzt vorgeschlagen, eine höhere Inflationsrate von etwa 4% zu erlauben. Die Notenbanken hätten dann mehr Spielraum, die Wirtschaft auch in Zeiten starker steigender Preise mit billigem Geld zu versorgen und damit den Aufschwung zu stützen. Bei der EZB stieß das auf wenig Gegenliebe. „Der IWF spielt mit dem Feuer“, sagte Bundesbankpräsident Axel Weber, der als Nachfolger von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet gehandelt wird. Diese „Geisterdebatte“ könne die Inflationsprognosen vieler Menschen verstärken.

„Währungsunion in Asien in weiter Ferne“

Malaysias Notenbankchefin dennoch für Integration

Börsen-Zeitung, 3.3.2010
js Frankfurt – Die Schaffung eines gemeinsamen asiatischen Währungsraumes liegt noch in weiter Ferne. „Es ist noch ein weiter Weg, bis die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Währungsunion geschaffen sind“, sagte Zeti Akhtar Aziz, Gouverneurin der Zentralbank von Malaysia in Rede bei der Britischen Handelskammer in Deutschland.

„Wir schauen uns die wirtschaftspolitischen Ziele ganz genau an, die wir erreichen wollen“, sagte die Chef der „Bank Negara Malaysia“. „Wir brauchen aber keine gemeinsame Währung, um diese zu erreichen.“ Unter den Voraussetzungen für eine erfolgreiche asiatische Währungsunion seien einige mit erheblichen Kosten verbunden, gab die oberste Währungshüterin des südostasiatischen Landes zu bedenken. Zugleich schloss sie nicht aus, dass es irgendwann zu einer solchen Währungsunion kommen werde. Die wirtschaftspolitische Integration der Asean-Staaten werde in jedem Fall anders verlaufen als in Kontinentaleuropa.

Der Verband Südostasiatischer Nationen (Asean) ist eine internationale Organisation südostasiatischer Staaten mit Sitz in Jakarta in Indonesien. Im Herbst des vergangenen Jahres beschlossen die Asean-Mitglieder, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach europäischem Vorbild zu gründen.

Neben den Gründerstaaten Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur zählt das Sil-



Zeti Akhtar Aziz

tanat Brunei zu den Asean-Mitgliedern. In den neunziger Jahren stießen Vietnam, Myanmar und Laos sowie zuletzt Kambodscha dazu.

Sympathie für IWF-Vorstoß

Sympathie äußerte Zeti Akhtar Aziz für den Vorschlag des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Zielrate für die Inflation anzuheben. Obwohl die Zentralbank keine reine Inflationssteuerung betreibt, räumte die Notenbankerin ein, dass eine derartige Maßnahme zu mehr Flexibilität in Krisenzeiten führen könnte. IWF-Chefvolkswirt Olivier Blanchard hatte angeregt, den weitgehenden Konsens unter Geldpolitikern zu überdenken und die Zielmarke für die Inflation von in der Regel 2% auf 4% zu verdoppeln. Damit sollte nach Ansicht Blanchards größerer geldpolitischer Spielraum in Krisenzeiten gewonnen werden. Der Vorschlag ist in Deutschland auf heftigen Widerstand gestoßen.